



FRIEDEN RETTEN - FRIEDENSGUTACHTEN 2025

Das Friedensgutachten ist ein jährlich erscheinendes gemeinsames Gutachten der vier führenden deutschen Friedensforschungsinstitute – des Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC), des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) und des Peace Research Institute Frankfurt (PRIF).

Interdisziplinäre Autorenteams aus Politikwissenschaft, Soziologie, Ethnologie, Regionalwissenschaften und weiteren Disziplinen analysieren darin aktuelle internationale Konflikte, sicherheitspolitische Entwicklungen und formulieren auf dieser Basis konkrete Empfehlungen für die deutsche und europäische Politik, die Gewicht haben und medial Beachtung finden.

Trump II und die neue Weltordnung

Im Friedensgutachten 2025 konstatieren die Verfasser*innen, dass es um den Frieden schlecht bestellt sei. Gewaltkonflikte nähmen weltweit zu und gefährdeten auch die Sicherheit Deutschlands. Das Vertrauen in die grundlegenden Sicherheitsinstitutionen, die die europäische Friedensordnung aufrechterhalten, sei zu tiefst erschüttert. Die Vereinten Nationen, einst Hoffnungsträger für Sicherheit und Frieden, seien ausgezehrt und zum Schauplatz zynischer Großmachtspolitik geworden. Überall dominiere der Ruf nach mehr Sicherheit, nach Abschreckung und Aufrüstung.

Mit der zweiten Amtszeit Trumps brechen die USA als Stabilitätsfaktor weg. Strafzölle, Militärpläne zur Übernahme des Panamakanals und Grönlands und erzwungene Deals zeugten von einem neo-imperialen Verständnis der Welt, das Trump mit Putin teile. Die „autoritäre Ansteckung“ gefährde demokratische Institutionen sowie die regelbasierte Weltordnung.



Abrufbar unter: [Ausgabe 2025 | Friedensgutachten](#)

Die transatlantische Partnerschaft sei an ihr Ende gekommen.

Europa muss eigenständiger werden

Europa müsse sich strategisch neu aufstellen, eigene Sicherheitsstrukturen ausbauen und Allianzen mit demokratischen Partnern vertiefen. Es müsse sich unabhängig von den USA verteidigen können.

Die Rüstungsbeschaffung müsse europäisch koordiniert, gemeinsame Strategien und Strukturen müssten entwickelt werden, um Fähigkeitslücken zu schließen.

Eine Gruppe von Staaten könne dabei vorangehen, mit der Perspektive einer späteren Einbettung in die EU-Institutionen. Kritisiert werden pauschale Prozentziele; stattdessen wird eine bedarfsorientierte Planung der Verteidigungsausgaben gefordert, die soziale und diplomatische Prioritäten nicht gefährdet.

Abschreckung und Diplomatie kombinieren

Die Stärkung militärischer Fähigkeiten sollte jedoch mit Rüstungskontrolle und diplomatischen Initiativen verbunden werden.

Europa müsse neue Allianzen bilden und mit anderen Staaten kooperieren, um die regelbasierte Weltordnung zu verteidigen – etwa in den Bereichen Freihandel, Klimaschutz und kollektive Sicherheit.

Der kalte Krieg lehre, dass Sicherheit ohne Frieden und allein durch militärische Abschreckung nicht zu erreichen sei. Wechselseitige Aufrüstung berge schon beim kleinsten Fehler die Gefahr einer katastrophalen Eskalation und hätte die Welt in dieser Zeit mehrfach an den Rand der nuklearen Vernichtung geführt, die teils nur durch schieres Glück vermieden werden konnte. Erst diese Erfahrung führte zu ersten Rüstungskontrollverträgen und vorsichtigen Kooperationsansätzen, die die Situation stabilisierten.

Deshalb müsse die Stärkung der europäischen Verteidigung mit diplomatischen Initiativen zur Risikominimierung einhergehen – mit dem Verzicht auf Ersteinsatzoptionen, der Begrenzung der Menge von Waffensystemen und der Etablierung verlässlicher Kommunikationskanäle.

Auch müssten zivile Instrumente der Konflikt- und Krisenbewältigung weiter professionalisiert und gestärkt werden. Dies erfordere eine leistungsfähige Entwicklungszusammenarbeit sowie substanzielle Mittel für die Krisenprävention und Stabilisierung.

Mehr Engagement für die regelbasierte Ordnung

Europa stehe nicht allein. Um die regelbasierte Ordnung zu bewahren, fänden sich in allen Weltregionen Partner*innen, die aber mehr Engagement und Reformbereitschaft von Europa erwarteten. Auch müsse Deutschland die internationale Gerichtsbarkeit respektieren und Staatsräson nicht vor Völkerrecht stellen, was z.B. bis auf Weiteres einen Staatsbesuch des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu in Deutschland ausschließe, ebenso wie den Export von solchen Waffen und Rüstungsgütern nach Israel, die in Gaza oder im Westjordanland zum Einsatz kommen können.

Auch müsste Europa nicht allein an geopolitischen Interessen orientieren, sondern genauso an Humanität und Universalität, d.h. sich auch in „vergessenen“ Konflikten wie im Subsahara-Afrika und Südostasien engagieren und humanitäre Hilfe dort verstärken.

Humanität und faire Lastenteilung in der Flüchtlingspolitik

Die Verfasser*innen des Friedensgutachtens plädieren auch für eine Abkehr von einer einseitig als Sicherheitspolitik interpretierten Fluchtspolitik. Das Grundproblem, dass sich immer mehr Menschen auf der Flucht befänden, ließe sich nicht durch Grenzsicherung und Abschiebungen aus der Welt schaffen. Es bedürfe vielmehr einer solidarischen Einwanderungs-

und Verteilungspolitik innerhalb der EU, die Erstaufnahmestaaten nicht allein lasse. Das individuelle Recht auf Schutz vor Verfolgung und der Bedrohung des Lebens müsse aufrechterhalten werden, die humanitäre Aufnahme ausgebaut und mehr Mittel in Integration investiert werden.

Gegen die „autoritäre Ansteckung“

Gegen die Bedrohung der Demokratie durch die „autoritäre Ansteckung“ gälte es, liberale Institutionen wie Presse, Wissenschaft und eine lebendige demokratische Zivilgesellschaft zu fördern und Gegenentwürfe zum radikalisierten Konservatismus zu stärken.

Position der IG Metall:

- „Sie [die IG Metall] ...setzt sich ... für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung ... ein“ (§ 2 Satzung).
- Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik ab. Angriffskriege verurteilen wir. Der Schwerpunkt zur Konfliktlösung muss auf Diplomatie liegen. Zugleich muss Europa verteidigungsfähig sein.
- Rüstungsexporte sind restriktiv und transparent zu handhaben.
- Wir erkennen an, dass neue Bedrohungslagen eine gute Ausrüstung der Bundeswehr und eine Stärkung der deutschen und europäischen Verteidigungsfähigkeit erforderlich machen – im Rahmen klarer Leitplanken und ohne Aufrüstungsspiralen.
- Verteidigungsausgaben müssen sich an dem bemessen, was für die Ausübung des grundgesetzlichen Auftrags der Landesverteidigung und zur Erfüllung von Bündnisverpflichtungen tatsächlich notwendig ist.
- Sie dürfen nicht auf Kosten von sozialer Sicherung, Bildung und Investitionen in die soziale und öffentliche Infrastruktur gehen.
- Zusammen mit dem DGB und den anderen Einzelgewerkschaften wollen wir eine Debatte über eine neue Architektur für Frieden und Sicherheit in Europa und eine Stärkung internationaler Organisationen führen. Wir wollen neue Initiativen und Abkommen zur Rüstungskontrolle anstoßen und abrüstungs- und entspannungspolitische Initiativen unterstützen.